



Entschließungsantrag

der Abgeordneten Martina Schenk, Gerald Grosz, Ing. Peter Westenthaler, *Petzner*
Kolleginnen und Kollegen
betreffend Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen als
Minderheitenrecht

eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Petzner, Grosz Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend „Schwarzer Inserator“ Berlakovich oder die schwarzen Kanäle des Lebensministeriums

Gerade der in diesen Stunden zu Ende gehende Untersuchungsausschuss sowie die gegenständliche Debatte über die Dringliche Anfrage des BZÖ, mit welcher Aufklärung in Zusammenhang mit Vorgängen innerhalb des Landwirtschaftsministeriums erreicht werden soll, haben die Notwendigkeit und die Bedeutung der Arbeit von Untersuchungsausschüssen zum Ausdruck gebracht.

Dies wurde und wird insbesondere seitens der SPÖ seit Jahren unterstützt. Zuletzt erfolgte am letzten Wochenende eine entsprechende Beschlussfassung am SPÖ-Bundesparteitag.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Novelle des Art. 53 B-VG zuzuleiten, derzufolge die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen auch auf Verlangen einer Minderheit des Nationalrates erfolgen kann.“

Wien, 15. Oktober 2012